

Deutschsprachige Gemeinschaft

Der Staatsrechtler Prof. Christian Behrendt hat es am 27. Januar 2012 in einer GE-Stellungnahme nochmals bekräftigt: Der Status einer Gemeinschaftsregion wäre für die DG unvernünftig. Als Region müsste die DG sich für die Zuständigkeiten gemäß dem eigenen Aufkommen an Einkommenssteuern finanzieren, ein Nachteil für die DG, weil viele Arbeitnehmer im benachbarten Ausland tätig sind und dort Einkommenssteuern bezahlen. Professor Behrendt erkennt die größten Chancen für die DG im derzeitigen Status quo, nämlich einer Gemeinschaft, welche mit der Wallonischen Region, falls es sinnvoll ist, die Übernahme von weiteren Kompetenzen, mitsamt den entsprechenden Finanzen, aushandeln kann.

Die aktuelle Mehrheit und Regierung aus SP, PFF und ProDG sollte also gut überlegen, ob sie den bisherigen Kurs der ständigen Forderung nach einer Gemeinschaftsregion für das Gebiet der deutschsprachigen Belgier weiter verfolgen will: Irgendwann könnten die anderen Teilgebiete Belgiens die Geduld verlieren und dann konsequent sagen: Nun gut, ihr habt es so gewollt, das hier sind die Regeln, seht zu wie ihr klarkommt. Dann könnte die finanzielle Luft in Eupen für Parlament, Ministerkabinette und Ministerien sehr schnell sehr dünn werden.

Dr. Joseph Meyer, St. Vith